



BERICHT

Adenauer-Forum

Diskussion mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Hermann Otto Solms MdB

Am Montag, den 12. November 2012, 18 Uhr im Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung Brüssel

„Europa in der Krise – Grenzen und Chancen der Integration“ lautete das Thema des Adenauer-Forums. Als Gastredner war Dr. Hermann Otto Solms MdB angereist. Was können wir tun, um gemeinsam die gegenwärtigen Herausforderungen in Europa zu meistern? Wo liegen Grenzen der Integration? Wo kann die aktuelle Krise wiederum eine Chance darstellen, einen neuen Weg einzuschlagen?

Schon der Tag, an dem die Veranstaltung statt fand, zeigte beispielhaft, wie es um Europa steht: Die deutsche Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel war nach Lissabon gereist, um mit den dortigen Politikern über die Situation des Landes zu sprechen. Damit sorgte sie, zumindest bei einigen Portugiesen, für Aufregung. Im Vorfeld wurde protestiert, viele Portugiesen fühlen sich als Marionetten der Europäischen Union. Portugal steht nicht allein da, in Griechenland ist die Situation ähnlich. Die Kontrolleure der Troika haben kurz vor Beginn des Treffens der Euro-Finanzminister in Brüssel ihren Bericht zur Haushalts- und Schuldenlage in Griechenland vorgelegt. Dabei bescheinigten die Experten dem Land allenfalls eine leichte Besserung der wirtschaftlichen Situation.

Reden wir heute über Europa, geht es um Rettungsschirme, Hilfspakete und Bankenunion. Dabei wird vergessen, um was es bei Europa ursprünglich ging: Um ein einzigartiges Friedensprojekt. Genau dafür werden die Bürger Europas mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Heute sei die Situation jedoch eine andere als nach dem Krieg, sagte Solms. Wir müssten uns mit den praktischen Fragen der Europäischen Einigung auseinander setzen. Nach innen müsse Europa sich weiterentwickeln als Bündnis souveräner Staaten. „Die Wettbewerbsfähigkeit Europas muss gestärkt werden“, forderte Solms und stellte die Frage, was das Besondere an Europa sei. Es sei die Vielfalt der Kulturen, der Sprachen, der Küchen, die Europa ausmache, sagte der Bundestagsvizepräsident.

Die Grundsatz-Frage nach den **Vereinigten Staaten von Europa** wird kontrovers diskutiert. Solms wandte sich gegen den Beschluss seiner eigenen Partei. Die FDP hatte auf ihrem Parteitag beschlossen, einen europäischen Bundesstaat zu befürworten. Für Solms ist das „realitätsfern“. Er sprach sich hingegen für eine auf Dauer angelegte Verbindung souveräner Staaten aus. „Wir müssen eine europäische Identität schaffen und brauchen eine Einheit in Vielfalt“, forderte er.

**BERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL**

NOVEMBER 2012
www.kas.de/bruessel

Solms sei für eine Integration von unten, die aus dem Bürgerwillen hervor gehe.

Wollen wir ein Kerneuropa? Diese Frage steht in den Diskussionen zur aktuellen Krise immer wieder im Raum. Zum **Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten** sagte Solms, Europa müsse je nach Ziel und Sachlage seine Flexibilität erhalten. Er wandte sich gegen eine Integration im Gleichschritt. „Wer zurück bleiben will, kann das tun“, sagte er und verwies auf Großbritannien.

Die Frage nach einer **gemeinsamen Haftung** der Euroländer beantwortete Solms eindeutig. Er sei gegen eine Vermischung der Haftung. Würde beispielsweise das Haftungsvolumen von Deutschland größer, würden die Ratingagenturen die deutsche Topwertung herabstufen und die Zinsen der deutschen Staatsanleihen ansteigen, sagte Solms. Die Währungsunion habe nur als Stabilitätsunion eine Chance. Das Verbot der gegenseitigen Budgethilfe („no bail out“) müsse strikt eingehalten werden, um nicht Anreize für Regierungen zu schaffen, mit der Schuldenpolitik fortzufahren und die Verantwortung und die Haftung dafür anderen Staaten zuzuschieben („moral hazard“).

Der Begriff „*Moral Hazard*“ kommt ursprünglich aus dem Versicherungswesen, wird heute aber auch in der Ökonomie verwendet. Als „*Moral Hazard*“ wird eine moralische Versuchung bezeichnet. Sie beschreibt das Problem einer Verhaltensänderung durch eine Versicherung gegen ein Risiko.

[Die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion war schon beim letzten Ratsgipfel von den Staats- und Regierungschefs diskutiert worden.](#) Bei ihrem Treffen im Oktober stand die Schaffung eines integrierten Finanzrahmens auf der Tagesordnung. Ziel dabei war die Zerschlagung des Teufelskreises zwischen Bankenrekapitulierung und Staatsverschuldung. Der integrierte Finanzrahmen besteht aus drei Elementen: einer gemeinsamen Aufsichtsbehörde, einem gemeinsamen Abwicklungsrahmen sowie der Schaffung nationaler Einlagensicherungssysteme, die auf gemeinsamen Standards beruhen. Im Rahmen des Gipfels stand vor allem die Schaffung einer gemeinsamen Bankenaufsichtsbehörde im Fokus.

Solms nannte schon die Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) einen großen Schritt, der nur unter der Voraussetzung eines begrenzten Volumens möglich gewesen sei. Die Konditionalität sei der Grundgedanke, damit es nicht zu einem „moral hazard“ komme. [Am 4. Dezember wird der Chef des ESM, Klaus Regling, im Rahmen eines Adenauer-Forums zur Euro-Krisenstrategie im Europabüro sprechen.](#)

Mit der **Finanztransaktionssteuer** soll der Handel von Aktien und Anleihen besteuert werden. Solms nannte sie „puren Unsinn“. Denn die Spekulanten werde man damit nicht treffen, sondern die Verbraucher

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

NOVEMBER 2012

www.kas.de/bruessel

sein diejenigen, die bezahlen müssten. Er wandte sich außerdem gegen einen Zugriff der EU auf das nationale Budget.

Im Oktober hatte die EU-Kommission den Weg für eine Finanztransaktionssteuer für mindestens zehn Mitgliedsstaaten freigemacht. Deutschland, Frankreich und acht weitere Regierungen hatten den Antrag gestellt, die Steuer auf Finanzgeschäfte über die sogenannte verstärkte Zusammenarbeit im kleinen Kreis einzuführen. Andere Mitgliedsländer wie Großbritannien haben jedoch erhebliche Zweifel an dem Vorhaben.

Wer ist wofür verantwortlich? Hier führte Solms das **Subsidiaritätsprinzip** an, das durchgesetzt werden müsse. Die Entscheidungen müssten so nah am Bürger sein wie möglich. Im Kerngedanken der Subsidiarität zeigten sich liberale Prinzipien: Privat vor Staat, klein vor groß, dezentral vor zentral. Solms forderte eine klare Aufteilung der Kompetenzen. Es müsse geregelt werden, wer wann entscheiden darf.

Wie müsste die **Zusammenarbeit der nationalen Parlamente und der EU** idealtypisch aussehen? Solms kritisierte, dass die Kommission viele Gesetzestexte und Entwurfstexte herausgebe und so die nationalen Parlamente überflügelt. Er forderte, der Bundestag müsse sich in der Europapolitik besser fokussieren. Um in der Flut der Dokumente den Überblick nicht zu verlieren, verlangte Solms eine bessere Organisation in Berlin. Ein frühzeitiges Einbringen in Europathemen ließe sich damit gewährleisten. In der anschließenden Diskussionsrunde kritisierte Michael Theurer, Abgeordneter im Europäischen Parlament, dass die Resonanz aus Berlin bei interparlamentarischen Treffen oft schwach sei. Der Europa-Abgeordnete Holger Krahnert kritisierte, dass der Bundestag sich noch mehr um Brüssel kümmern müsse. Hierbei ist zu beachten, dass dieser sich hauptsächlich mit Umsetzungsgesetzen aus Brüssel beschäftige und deshalb ständig mit Beschlüssen der EU konfrontiert sei.

Das Europäische Parlament als Träger des Willens der Wähler brauche mehr Kompetenzen, forderte Solms. Zugleich verlangte er aber auch, dass das Parlament demokratisch gewählt sein müsste. Derzeit brauchten die Kandidaten der einzelnen Mitgliedsstaaten eine zu unterschiedliche Anzahl an Stimmen, um ins Parlament gewählt zu werden.

Die aktuell in der deutschen Politik und Wirtschaft diskutierte **Frauenquote** bewegt auch Brüssel: Die EU-Kommission hat den Vorschlag von Kommissarin Reding am 14. November gebilligt und eine Frauenquote vorgeschlagen. Solms sprach sich in seinem Vortrag dagegen aus. Dabei verwies er auf das Subsidiaritätsprinzip. Die Frauenquote sei eine Regel, die einzelstaatlich und nicht auf EU-Ebene entschieden werden sollte.

Autoren: Michael Herrmann, Barbara Schmickler